

Sonderdruck aus

Ilker Ataç / Sieglinde Rosenberger (Hg.)

Politik der Inklusion und Exklusion

Mit 3 Abbildungen

V&R unipress

Vienna University Press

ISBN 978-3-89971-914-7

Inhalt

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	7
---	---

Ilker Ataç / Sieglinde Rosenberger Einleitung	9
--	---

Teil 1: Theorien und Konzepte

Martin Kronauer Inklusion/Exklusion: Kategorien einer kritischen Gesellschaftsanalyse der Gegenwart	21
---	----

Ilker Ataç / Sieglinde Rosenberger Inklusion/Exklusion – ein relationales Konzept der Migrationsforschung	35
--	----

Christoph Reinprecht Ausgrenzung durch sozialräumliche Segregation: Soziologische Betrachtungen zur Verräumlichung sozialer Ungleichheiten	53
--	----

Oliver Gruber / Florian Walter Politische Inklusion und <i>boundary problem</i> : Aktuelle Herausforderungen und demokratietheoretische Antworten	71
---	----

Teil 2: Instrumente und Prozesse

Christin Achermann Excluding the Unwanted: Dealing with Foreign-National Offenders in Switzerland	91
---	----

Sieglinde Rosenberger / Jakob Winkler Anti-Abschiebungsproteste: Mit Empathie gegen die Exklusion	111
--	-----

Amanda Klekowski von Koppenfels Testing for Integration and Belonging or a new Barrier to Entry? Citizenship Tests in the United States and Germany	135
Julia Mourão Permoser The <i>Integrationsvereinbarung</i> in Austria: Exclusion in the Name of Integration?	155
Teil 3: Politisierung und Einstellungen	
Sarah Meyer / Teresa Peintinger (K)eine Stimme für MigrantInnen? Inklusion und Exklusion in der Politisierung von Migration	177
Alexandra König Das Recht auf internationalen Schutz verhandeln: Ein- und Ausschluss von Asylsuchenden im parlamentarischen Diskurs	197
Florian Walter Wer darf, wer nicht? Jugendliche Grenzziehungen von Inklusion	215
AutorInnenverzeichnis	235

Anti-Abschiebungsproteste: Mit Empathie gegen die Exklusion¹

1. Einleitung

Abschiebungen von abgelehnten AsylwerberInnen² sind als Maßnahme der Migrationskontrolle in vielen westlichen Demokratien zur alltäglichen Routine geworden. Als „schreckliche Gewalt“ (Gibney 2008, 147) bezeichnet, als unvereinbar mit liberalen Werten, Menschenrechten und Vorstellungen von Gerechtigkeit und Moral empfunden, protestieren BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Gruppierungen gegen diese staatliche Zwangsmaßnahme (vgl. etwa Anderson/Gibney/Paoletti 2011; Freedman 2011 und 2009; Ellermann 2009). In Österreich formierte sich erstmals im Jahre 1999 Widerstand, als Marcus Omofuma während seiner Abschiebung verstarb; im Jahre 2007 löste der „Fall Arigona Zogaj“ heftige Kritik an der Abschiebep Praxis „gut integrierter“ AsylwerberInnen aus (Gruber 2010). Seither häufen sich die Proteste lokaler Initiativen und Menschenrechtsorganisationen, die fallweise überlokale Unterstützung und beträchtliche mediale Aufmerksamkeit erhalten (vgl. Mapping-Protest, <http://inex.univie.ac.at/mapping-protest>). Auffällig ist, dass diese Proteste auch oft von Menschen praktiziert werden, die sich sonst wenig an elitenherausfordernden politischen Maßnahmen beteiligen. Vor diesem Hintergrund widmet sich dieser Beitrag auf der Grundlage einer empirischen Erhebung über Protestfälle den kleinräumigen, lose und informell organisierten Protesten gegen Abschiebungen abgelehnter AsylwerberInnen in Österreich. Er geht im Wesentlichen zwei Fragen nach. *Erstens*: Wie ist das soziale Phänomen des lokalen Protests gegen Abschiebungen strukturiert, d. h. wer protestiert für wen, mit welchen Argumenten und mit welchen Zielen. In diesem Zusammenhang werden Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der österreichischen Anti-

1 Wir danken Ursula Gadermaier für Beiträge an der ersten Fassung dieses Artikels.

2 Rechtlich sind unterschiedliche Gründe und Formen der zwangsweisen Außerlandesbringung von Nicht-StaatsbürgerInnen zu unterscheiden. Der Beitrag beschäftigt sich ausschließlich mit Abschiebungen abgelehnter AsylwerberInnen.

Abschiebungsproteste³ präsentiert und diese neue Protestform, die stark von sozialen Beziehungen zwischen Abzuschiebenden und Protestierenden und – damit verbunden – fallbezogenen Protestzielen geprägt ist, wird beschrieben. *Zweitens*: Wie ist es zu erklären, dass in einem gegenüber Migration skeptisch bis negativen Klima einzelne BürgerInnen gegen sicherheitsbehördliche Entscheidungen Widerstand leisten? Der Beitrag geht von der Annahme aus, dass bei diesen spezifischen Protesten soziale Beziehungen, Kontakte und davon abgeleitet Emotionen, sowohl bei der Auslösung von Protesten als auch bei der Mobilisierung, bedeutsam sind (Ellermann 2009). Unsere Erklärungen für diesen Protest knüpfen daher an theoretisch-analytische Ansätze der sozialen Bewegungsforschung an, die sowohl strukturelle Makrofaktoren (politische Gelegenheitsstrukturen) als auch individuelle Ressourcen (materielle Ressourcen ebenso wie soziale Beziehungen) betonen. Mit Hinblick auf die generierten empirischen Protestdaten wird eine Verbindung bzw. Erweiterung dieser Erklärungsansätze der sozialen Bewegungsforschung vorgenommen (McAdam et al. 2001; Goodwin/Jasper/Polletta 2004).

In der Asylpolitik sind beide von Jürgen Mackert (1999, 15) skizzierten Komponenten staatlicher Exklusion zu beobachten: Die *externe* Exklusionsdimension, bei der Menschen von einem Territorium ausgewiesen werden, und die *interne* Exklusionsdimension, wonach AsylwerberInnen zwar vorübergehend aufenthaltsberechtigt sind, ihnen aber eine Reihe von staatsbürgerlichen Rechten und Möglichkeiten vorenthalten bleibt (sozialstaatliche Leistungen, politische Rechte und ökonomische Ressourcen). Die zivilen Forderungen nach einer Bleibeperspektive (Inklusion) scheinen die Asyl- und Abschiebepolitik (Exklusion) zunächst zu konterkarieren. Wie im Folgenden aber gezeigt wird, kritisieren die Protestaktivitäten überwiegend nicht generell die Fremden- und Abschiebegesetzgebung, sondern sie richten sich zumeist gegen die Implementierung dieser Gesetze im Einzelfall, konkret gegen die Abschiebung von gut ins lokale Umfeld integrierten Personen oder Familien. Die Motive der Proteste verweisen somit auf Momente der alltäglichen Integration, verstanden als Prozess des Aufbaus sozialer Beziehungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und AsylwerberInnen (Ager/Strang 2008, 166). Mehr noch, die soziale Integration wird – auf Seite der Abzuschiebenden – zur Ressource, die nicht selten zur Voraussetzung für lokalen Protest wird. Prozesse der Inklusion und Exklusion stehen in diesem Fall der Anti-Abschiebeproteste also in einem komplexen Verhältnis zueinander.

Im nächsten Kapitel widmen wir uns theoretisch-analytischen Überlegungen

3 Der Beitrag basiert auf dem vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderten Forschungsprojekt „DEMO: Challenging Deportation through Mobilization“ (siehe: <http://inex.univie.ac.at/research-projects/demo/>).

zur Erklärung von Anti-Abschiebungsprotesten. In Kapitel 3 geben wir Hinweise zum Phänomen Abschiebungen, in Kapitel 4 folgt eine Beschreibung fallspezifischer Anti-Abschiebungsproteste auf der Grundlage einer Protestereignisanalyse (PEA) von Medienberichten. In Kapitel 5 werden soziale Kontakte und Beziehungen der AsylwerberInnen als Erklärung für zivilen Protest identifiziert und auf dieser Basis wird ein analytischer Beitrag zur sozialen Bewegungsliteratur geleistet.

2. Theoretisch-analytische Überlegungen

Protest bedeutet kollektiv und in direkter Weise *gegen* etwas oder jemanden zu handeln und fordert politisch-administrative EntscheidungsträgerInnen über den Weg der öffentlichen Aufmerksamkeit heraus (Kriesi 1993, 3 f.). In der sozialen Bewegungsforschung werden gesellschaftlicher Protest und politische Mobilisierung mit Konzepten wie Ressourcen, politischen Möglichkeitsstrukturen und/oder *Framing* erklärt. Während die Ressourcen-Mobilisierungsperspektive (RMP) die Entstehung und den Erfolg sozialer Bewegungen mittels endogener Faktoren, die von der Protestgruppe kontrolliert werden (z. B. Organisation, Führung, Ressourcenverfügbarkeit und -akkumulation), zu erklären sucht (McCarthy/Zald 1977; Hellmann 1998, 22), zielt der Ansatz der politischen Möglichkeitsstrukturen auf exogene Faktoren des politischen Umfelds ab (z. B. politische Allianzen, die Offenheit oder Geschlossenheit des politischen Systems gegenüber Protestforderungen), die nicht oder zumindest nicht unmittelbar von der Protestgruppe kontrolliert werden (Johnston 2011; Valocchi 2010, 20). Kulturalistische Konzepte wie *Framing*, kollektive Identität oder Emotionen sehen die Entstehung und den Erfolg sozialer Bewegungen hingegen von kulturellen Prozessen bedingt (siehe beispielsweise Jasper 2010 und 1997).

Inhaltlich beschäftigt sich die soziale Bewegungsforschung mit so unterschiedlichen Themen wie der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, den politischen Umbrüchen in Osteuropa bis hin zu neuen Formen des politischen Extremismus in Europa (della Porta et al. 2009; Hellmann 1998; Kriesi 1995; Kriesi et al. 1993; Rucht 1994 und 1991). In jüngerer Zeit ist auch Forschung zu politischer Mobilisierung im Feld der Migration zu beobachten. Während hier der Fokus bisher auf anti-migrantischer Mobilisierung lag (z. B. politischer Extremismus, Fremdenfeindlichkeit; siehe etwa Van der Brug et al. 2000; Norris 2005), stellen pro-migrantische Protestformen ein vergleichsweise wenig erforschtes Phänomen dar.

Anti-Abschiebungsproteste gelten in mehrfacher Hinsicht als eine besondere politische Protestform. Erstens finden sie in Österreich in einem asyl- und

migrationspolitischen Kontext statt, der von negativer Politisierung (Gruber 2010), ablehnenden Haltungen der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen und insbesondere AsylwerberInnen (Friesl/Renner/Wieser 2010) sowie von lokalen Protesten gegen Einrichtungen für Asylsuchende (Pehm 2010) geprägt ist. Zweitens, anders als bei Bewegungen wie der Frauenbewegung, der Bürgerrechtsbewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, hat der Anti-Abschiebungsprotest einen altruistischen Charakter. Die Mehrheitsbevölkerung setzt sich in diesem Fall für von Abschiebungen bedrohte Menschen ein, die Partizipation ist also nicht direkt an Eigeninteressen gebunden, sondern basiert eher auf normativen Überzeugungen und auf Mitgefühl mit Dritten.

Dieser Beitrag ist an empirisch fundierten Erklärungsfaktoren für diese spezifisch kontextualisierte und thematisch ausgerichtete Protestform interessiert. Die Probleme und Limitationen, diese Form der Protestmobilisierung mit klassischen Konzepten der sozialen Bewegungsforschung (namentlich politischen Gelegenheitsstrukturen und Ressourcen) zu analysieren, beruhen nicht zuletzt auf der weitgehenden Ignoranz dieser Konzepte gegenüber Emotionen und sozialen Beziehungen (Goodwin/Jasper 1999). Denn diese bisher weitgehend unbeachteten Aspekte von Protesten spielen vor allem dann eine wichtige Rolle, wenn nicht Eigeninteressen, sondern altruistische Motive (wie Mitgefühl) im Vordergrund stehen (Goodwin/Jasper/Polletta 2004, 422). Wie bisherige Forschungen zeigen, nehmen Anti-Abschiebungsproteste ihren Ausgang oft in lokalen Gemeinschaften, wo soziale Beziehungen, persönliche Kontakte und Betroffenheit auf Basis emotionaler Affekte eine zentrale Rolle spielen. Die Proteste werden von BürgerInnen im Namen abschiebegefährdeter MigrantInnen durchgeführt und richten sich gegen einzelne Abschiebungen von Personen, mit denen persönliche Kontakte bestehen (vgl. Ellermann 2009, 125; Freedman 2011, 614). Emotionen werden von Protestgruppen als Mobilisierungsstrategie genutzt. Indem reaktive Emotionen wie Ärger oder Empörung hervorgerufen werden, werden Bekannte und Nachbarn zur Teilnahme an Protestaktivitäten motiviert (Goodwin/Jasper/Polletta 2004, 416 f.). Das Thema Abschiebung ist eng mit Emotionen verknüpft, durch die Veröffentlichung einzelner Abschiebungen von „gut integrierten“ AsylwerberInnen werden sogenannte „moral shocks“⁴ erzeugt, die Menschen zur Teilnahme an Protestaktivitäten motivieren (Jasper 1998, 409).

Um das Aufkommen von Anti-Abschiebungsprotesten in Österreich zu erklären, werden wir folglich *erstens* unterschiedliche Ansätze der sozialen Bewegungsforschung – konkret die RMP und den Ansatz der politischen Mög-

4 „Moral shocks“, often the first step toward recruitment into social movements, occur when an unexpected event or piece of information raises such a sense of outrage in person that she becomes inclined toward political action [...]“ (Jasper 1998, 409).

lichkeitsstrukturen – miteinander kombinieren. Gegenwärtig plädieren mehr und mehr AutorInnen für diesen Pfad und kritisieren, dass die unterschiedlichen Theorien tatsächlich nur unterschiedliche Perspektiven seien, die unterschiedliche, aber gleich bedeutende Dimensionen ein und desselben Phänomens beleuchten würden (Jasper 1997, 39 f.; McAdam et al. 2001, 16). *Zweitens* geht es in diesem Beitrag auch, um mit den Worten Jaspers zu sprechen, um ein „emotional underpinning of popular concepts“ (Jasper 1998, 408), also eine Erweiterung bestehender Konzepte um die bisher weitgehend unberücksichtigte Dimension der Emotionen.

3. Abschiebungen

Als politische Antwort auf steigende Zuwanderungs- und Asylantragszahlen in den frühen 1990er Jahren schlug die österreichische Politik einen harten Kurs in der Asyl- und Migrationspolitik ein. Beginnend mit dem Asylgesetz 1992 (BGBl. Nr. 8/1992) verabschiedete das Parlament eine Reihe restriktiv ausgerichteter Fremden Gesetze – zuletzt das im Mai 2011 beschlossene Fremdenrechtspaket (BGBl. I Nr. 38/2011), das erneute Verschärfungen zur Folge hat. Begleitet waren diese Gesetze von einer negativen Politisierung von Asyl – insbesondere während Wahlkampfphasen (Gruber 2010). Eine Folge der restriktiven Bestimmungen wie des restriktiven Klimas ist ein Anstieg der Abschiebungen: Zwischen 1991 und 1999 wurden insgesamt 85.795 Personen abgeschoben (vgl. Abb. 1).⁵ Der Anteil an Abschiebungen von ehemaligen AsylwerberInnen an der Gesamtzahl der durchgeführten Abschiebungen kann nach der offiziellen Datenlage allerdings nur für die Jahre zwischen 2005 und 2009 ausgewiesen werden: Seit 2008 beträgt der Anteil der AsylwerberInnen an Abschiebungen mehr als 50 %.

Auffallend ist, dass in Österreich Abschiebungen jahrelang praktiziert wurden, ohne dass sie Widerstand evoziert hätten. Die ersten Proteste gegen Abschiebungen erfolgten erst im Jahre 1999 im Zusammenhang mit dem Tod Marcus Omofumas. Kleinräumige Proteste gegen angeordnete Abschiebungen traten erstmals im Jahr 2006 auf. Seither häufen sich die Proteste sowie die medialen Berichte darüber. Für den Zeitraum von Mai 2006 bis Oktober 2011 konnten wir auf der Grundlage von Medienrecherchen 69 Abschiebefälle erheben, die eine große Bandbreite an Protestaktionen (Protestereignissen) unterschiedlicher Protestakteure auslösten. Die demografischen Charakteristika der

5 Bei den hier angeführten Abschiebungszahlen werden sowohl Abschiebungen in den Herkunftsstaat als auch Dublin-Überstellungen (d.h. Abschiebungen in den nach der Dublin-II-Verordnung für das Asylverfahren zuständigen Vertragsstaat) berücksichtigt.

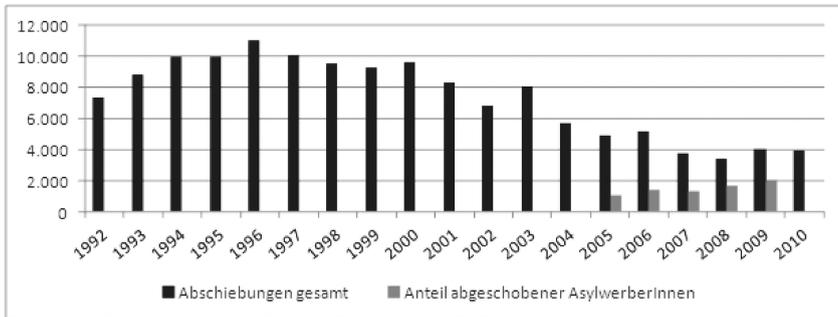


Abb. 1: Durchgeführte Abschiebungen aus Österreich (1992–2010)

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von BMI 1992–2010; Kratzmann/Petzl/Temesvári 2010.

betroffenen AsylwerberInnen, gegen deren Abschiebung protestiert wurde, sind in Tab. 1 zusammengefasst. Bezüglich der Aufenthaltsorte der Abzuschiebenden, die häufig mit den Orten des Protests übereinstimmen, fällt eine ungleichmäßige geografische Verteilung auf. Während in manchen Bundesländern kaum Fälle bekannt geworden sind (einer in Burgenland, zwei in Vorarlberg, in Kärnten sowie in Niederösterreich jeweils vier und in Tirol fünf), sticht Oberösterreich mit 24 Fällen besonders hervor (zum Vergleich: Wien sieben, Salzburg zehn, Steiermark zwölf). Die unterschiedliche Häufigkeit der Proteste in den Bundesländern korrespondiert aber nicht mit der Anzahl von Abschiebungen, sondern hängt vielmehr mit strukturellen Bedingungen zusammen. So stand nach Langthaler und Trauner (2009, 171) AsylwerberInnen in Oberösterreich der Arbeitsmarkt länger offen als in anderen Bundesländern, was zu einer verstärkten sozialen Integration und in der Folge zur Entstehung informeller sozialer Netzwerke geführt hat, die sich gegen angeordnete Abschiebungen organisierten.

Welche demografischen Merkmale weisen die Personen/Familien auf, gegen deren Abschiebung protestiert wurde? Bei den 69 Abschiebefällen handelt es sich in 53 Fällen um Familien – definiert als mindestens ein Elternteil und mindestens ein Kind. Von diesen 53 sind 45 sogenannte Mutter-Vater-Kind-Familien, sechs alleinerziehende Mütter und zwei alleinerziehende Väter. In 16 Abschiebefällen handelt es sich um Einzelpersonen (drei Frauen und 13 Männer). Die meisten Betroffenen hielten sich zu Beginn der Protestaktivitäten bereits seit mehreren Jahren in Österreich auf – eine Konsequenz der langen durchschnittlichen Dauer von Asylverfahren. Langthaler und Trauner (2009, 170) merken für Österreich an, dass es sich bei den betroffenen Personen, gegen deren Abschiebungen protestiert wird, häufig um Familien handelt, die als Folge

Tab. 1: Merkmale der AsylwerberInnen, gegen deren Abschiebung protestiert wurde

Merkmale	Anzahl Abschiebefälle	
	absolut	in Prozent
Familienstand		
Familien mit Kind(ern)	53	77
Einzelperson	16	23
Herkunftsland		
Kosovo	26	37,5
Armenien, Nigeria	14 (jeweils 7)	20
Mongolei	6	9
Russische Föderation, Mazedonien	8 (jeweils 4)	11
Georgien, Ghana, Guinea, Türkei	8 (jeweils 2)	12
Gambia, Irak, Iran, Montenegro, Ukraine, Vietnam, Herkunftsland unbekannt	7 (jeweils 1)	10,5
Aufenthaltsdauer in Österreich		
Unter drei Jahre	10	15
Drei bis acht Jahre	53	77
Über acht Jahre	3	4
Unbekannt	3	4
Aufenthaltsort in Österreich		
Oberösterreich	24	35
Steiermark	12	17
Salzburg	10	14,5
Wien	7	10
Tirol	5	7
Niederösterreich	4	6
Kärnten	4	6
Vorarlberg	2	3
Burgenland	1	1,5

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Medienberichten zwischen 2006 und 2011, n = 69 Abschiebefälle.

der langen Aufenthaltsdauer in Österreich enge Kontakte zur lokalen Bevölkerung aufgebaut haben.

Betreffend die Herkunftsländer der 69 betroffenen Einzelpersonen/Familien fällt eine Asymmetrie auf: Es wird nicht für alle Gruppen von Staatsangehörigen, die häufig von Abschiebungen betroffen sind, gleich häufig protestiert. Während für BürgerInnen mancher Staaten, in die häufig abgeschoben wird, auch wie-

derholt protestiert wird (dies betrifft v. a. KosovarInnen, weniger stark NigerianerInnen), wird für andere Staatsangehörige, die ebenfalls oft von Abschiebungen betroffen sind, nicht (Moldawien), kaum (Ukraine) oder nur selten (Türkei) protestiert. Darüber hinaus wird für armenische, mongolische und russische StaatsbürgerInnen trotz relativ geringer Abschiebungszahlen vergleichsweise häufig protestiert.⁶

Wie, wer und warum wird protestiert? Antworten auf diese Frage geben wir in den folgenden beiden Kapiteln.

4. Protestgruppen, -formen, -ziele und -argumente

4.1 Methodik: Protestereignisanalyse

Diese Ausführungen zu verschiedenen Protestdimensionen basieren auf einer Protestereignisanalyse (PEA). Über Inhaltsanalysen von Zeitungsberichten werden mit dieser Methode sowohl das quantitative Auftreten als auch die qualitativen Eigenschaften von Protesten wie Häufigkeit, Zeitpunkt und Dauer, Akteure und Protestformen erhoben (Koopmans/Rucht 2002, 231). Den Ausführungen dieses Beitrags über die oben beschriebenen 69 Abschiebefälle liegen Medienberichte lokaler und nationaler Tageszeitungen sowie von Nachrichtenprogrammen des ORF zu Grunde, die über Stichwortsuchen in Online-Datenbanken (WISO, Lexis-Nexis) gesammelt wurden. Die Analyseeinheiten bilden Protestereignisse, konkret handelt es sich um 267 Protestereignisse, über die zwischen 2006 und 2011 berichtet wurde. Als Protestereignis ist eine Aktivität (z. B. Demonstration oder Unterschriftenaktion) zu verstehen, die von einer Protestgruppe (z. B. BürgerInnen, NGOs oder Parteien) gesetzt wird, um bestimmte Ziele zu erreichen. Mittels MAXQDA wurden die Protestereignisse aufbereitet (Rucht/Hocke/Oremus 1995) und entlang der vier Dimensionen Protestakteure, Protestformen, Ziele und Argumente codiert.

Ein Forschungsdesign, das Proteste über Medienberichte erhebt, kann nur medial wahrgenommene Aktionen berücksichtigen. Diese Vorgehensweise deckt sich mit der Definition von Protest als eine an die Öffentlichkeit gerichtete Aktivität, mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und dadurch Unterstützung für Forderungen zu erhalten (Kriesi 1993, 3; Schumaker 1975).

⁶ Daten zu den Nationalitäten der Abgeschobenen wurden für die Jahre 2004 bis 2009 von IOM Wien veröffentlicht (vgl. Kratzmann/Petzl/Temesvári 2010, 95).

4.2 Empirische Ergebnisse

Bei den 267 Protestereignissen setzten sich individuelle und kollektive Akteure für insgesamt mehr als 200 von Abschiebungen bedrohte Menschen ein. An dieser Stelle werden nun die einzelnen Protestdimensionen im Detail besprochen (siehe Tab. 2 – 6).

Wer protestiert?

Zwischen lokalen und supra-lokalen Protesten unterscheidend, zeichnen sich Protestakteure auf der lokalen Ebene durch ein persönliches Beziehungsverhältnis (*Bekannte*) oder ein geografisches Naheverhältnis (*Gemeinde*) zu den Betroffenen aus. Geht Protestmobilisierung über diese lokale Ebene hinaus und agieren *organisierte Gruppen* (z. B. Parteien, NGOs) und/oder *Einzelpersonen* (Prominente oder AnwältInnen), wird von supra-lokalen Protesten gesprochen.

In Österreich wird sowohl kleinräumig, auf lokaler Ebene, als auch großräumig, auf regionaler bzw. nationaler Ebene gegen Abschiebungen protestiert. Auf der lokalen Ebene engagieren sich vor allem Menschen, die über die Schule, die Nachbarschaft, die Ortskirche oder das Arbeits- bzw. Vereinsleben Alltagskontakte zu den Abschiebebedrohten pflegen. Auf der lokalen Ebene entsprechen die Protestgruppen häufig der Beschreibung sozialer Bewegungen durch Schumaker: „Protest groups are groups of citizens who do not normally interact with government officials, but who [...] organize on an informal, issue-specific basis“ (Schumaker 1975, 490). Im Zuge lokaler Initiativen werden auch GemeindebürgerInnen, die keine direkten Beziehungen zu den Betroffenen haben, sowie politische EntscheidungsträgerInnen der lokalen Politik mobilisiert.

Überlokale Aktivitäten werden primär von organisierten Gruppen, allen voran der Grünen Partei sowie Hilfsorganisationen wie Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Asyl in Not, SOS-Menschenrechte und SOS-Mitmensch getragen. Neben individuellen Protestaktivitäten veranstalten diese Organisationen auch großräumige Proteste, für die mehrere TeilnehmerInnen rekrutiert werden. Hierbei handelt es sich häufig um medial viel beachtete Fälle, wie beispielsweise jenen der Familie Komani. So initiierten Hilfsorganisationen als Reaktion auf diese Abschiebung eines Familienvaters und seiner beiden achtjährigen Zwillingstöchter Ende 2010 eine Online-Petition gegen Schubhaft und Abschiebungen von Kindern, die seither von mehr als 116.000 Personen unterzeichnet wurde (vgl. <http://www.gegen-unrecht.at/>). NGOs versuchen zunehmend die einzelnen Proteste über Plattformen und Initiativen zu koordinieren. So streben mehrere Organisationen über die „Plattform Bleiberecht“ eine österreichweite Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten in Bleiberechtsbelangen an (vgl. <http://www.bleiberecht.at>). Eine weitere Initiative – das vom Verein *Purple Sheep*

betreute „Freunde Schützen Haus“ – will die Öffentlichkeit auf die Abschiebep Praxis und die dahinter stehenden Schicksale aufmerksam machen (vgl. <http://www.freundeschuetzen.at/>). In geringerem Maße treten auf der supra-lokalen Ebene auch prominente Einzelpersonen und AnwältInnen sowie weitere organisierte Gruppen (Interessengruppen und christliche Kirchen) auf. Interessanterweise engagieren sich in einigen Fällen auch VerwaltungsbeamtInnen gegen Abschiebungen, d.h. RepräsentantInnen jener Stellen, gegen die sich Proste richten.

Welche Protestgruppen engagieren sich nun für welche Abschiebefälle? Die Studienergebnisse zeigen, dass die Zusammensetzung der Akteure von familiären Charakteristika der Betroffenen (alleinstehende, unverheiratete Person oder eine Familie mit Kindern) abhängt. Lokale Protestakteure setzen sich in der überwiegenden Mehrheit der Fälle (knapp 90 %) für abschiebebedrohte Familien ein. Supra-lokale Akteure engagieren sich ebenfalls häufiger für Familien, protestieren aber im Vergleich zu lokalen Initiativen auch öfter gegen Abschiebungen alleinstehender AsylwerberInnen. Insbesondere FunktionärInnen der Grünen und NGOs treten verhältnismäßig oft gegen Abschiebungen von Einzelpersonen auf.

In Österreich zeigt sich, dass die Zusammensetzung der Protestgruppen gegen Abschiebungen von Familien breiter und politisch heterogener ist als bei Abschiebungen alleinstehender AsylwerberInnen. Besonders deutlich wird dies bei jenen lokalen Protesten, im Zuge derer sich BürgermeisterInnen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit gegen Abschiebungen engagieren und in einigen Fällen sogar der Gemeinderat geschlossen, d.h. mit den Stimmen aller Fraktionen, gegen eine Abschiebung auftritt. Freedman (2011, 619) erklärt die breite, über Parteigrenzen reichende Beteiligung am Anti-Abschiebungsnetzwerk RESF (Réseau Education Sans Frontières) in Frankreich durch die „apolitische“ Natur der Proteste. Durch die Konzentration auf die „schwache“ Gruppe der Kinder von illegalisierten MigrantInnen vermochte dieses Netzwerk die Immigrationsdebatte zu ent(partei)politisieren und so über die Grenzen bisheriger pro-immigrantischer Mobilisierung zu rekrutieren.

Wie wird protestiert?

Mit Bezug auf Joachim Raschkes Klassifikation politischer Aktionsformen (1985, 277 ff.) unterscheiden wir zwischen intermediären, demonstrativ-appellativen und direkten Protestformen. Ausgangspunkt seiner Unterscheidung ist der Vermittlungsgrad der Aktionsformen, also der Grad, „[...] mit dem die Aktion auf institutionalisierte Vermittlung angewiesen ist oder sich direkt gegen die Kontrollinstanzen richtet“ (ebd., 278). *Intermediäre Aktionen* finden innerhalb der institutionalisierten Strukturen der Interessenvermittlung und

Tab. 2: Wer protestiert für wen? Lokale Protestakteure

LOKALE EBENE										
Persönliche Beziehung (Bekannte)										
	Schule	Nachbarschaft	Pfarrre	Arbeit	Verein	Gesamt	GemeindebürgerIn	BürgermeisterIn	Gemeinderat	Gesamt
BETROFFENE										
Familie	31	26	11	9	9	86	24	23	6	53
Einzelperson	2	6	6	3	3	20	3	1	/	4
Gesamt	33	32	17	12	12	106	27	24	6	57

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis einer PEA zwischen 2006 und 2011; n = 163 Protestakteure.

Tab. 3: Wer protestiert für wen? Supra-lokale Protestakteure

SUPRA-LOKALE EBENE										
Organisierte Gruppen										
	Partei	NGO	Plattform	Verwaltung	Christl. Kirche	Interessengruppe	Gesamt	Anwalt/Anwältin	Prominente/r	Gesamt
BETROFFENE										
Familie	48	28	10	8	7	4	105	17	10	27
Einzelperson	21	16	1	3	2	1	44	3	2	5
Gesamt	69	44	11	11	9	5	149	20	12	32

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis einer PEA zwischen 2006 und 2011; n = 181 Protestakteure.

Mitbestimmung statt, d. h. Protestierende machen ihren Einfluss über vermittelnde Institutionen wie Parteien, Verbände oder Medien geltend. *Direkte Aktionen* wenden sich direkt an bzw. gegen die Kontrollinstanzen. *Demonstrativ-appellative Aktionen* sind zwischen den ersten beiden Typen angesiedelt. Sie können sich an Vermittlungs- oder Kontrollinstanzen richten und setzen besonders auf die Kraft der Überzeugung durch Symbolik und Argumente (ebd., 280).

Tab. 4: Formen des Anti-Abschiebungsprotests

	Demonstrativ-appellativ	Intermediär	Direkt
Lokale Protestakteure	138	48	52
Supra-lokale Protestakteure	105	123	22
Gesamt	243	171	74

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis einer PEA zwischen 2006 und 2011; n = 488 Protestformen.

Die untersuchten Anti-Abschiebungsproteste nehmen am häufigsten die Form des *demonstrativ-appellativen Protests* an. Dazu zählen öffentliche Appelle an Politik und Verwaltung, Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Aufrufe zu Protestaktionen und Solidaritätsbekundungen. Am zweithäufigsten werden *intermediäre Protestrepertoires* genutzt, d. h. es wird öffentlich Kritik an konkreten Abschiebefällen, der Abschiebepaxis oder der Asyl- und Migrationspolitik geübt, Öffentlichkeits- und Medienarbeit betrieben (z. B. in Form von Presseaussendungen, Pressekonferenzen, Gründung von Internetseiten, Nutzung von Facebook) oder versucht, Kontakte zu EntscheidungsträgerInnen zu nutzen bzw. herzustellen. Am seltensten wurden *direkte Protestrepertoires* wie schriftliche oder direkte Interventionen bei administrativ und/oder politisch zuständigen Stellen genutzt. Akte des zivilen Widerstands, die auf die Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden oder im Gang befindlichen Abschiebung abzielen (Anwesenheit bei Abschiebeterminen, Sitzblockaden vor Polizeiautos, Demonstrationen am Wiener Flughafen, Verstecken der abschiebegefährdeten Personen), bleiben Ausnahmefälle.

Welche Protestformen werden von welchen Akteuren genutzt? Die Daten zeigen, dass verschiedene Protestgruppen zur Erreichung ihrer Ziele zu unterschiedlichen Mitteln greifen: Lokale Protestakteure wählen am häufigsten demonstrativ-appellative Formen und optieren weitaus seltener für intermediäre oder direkte Protestformen. Supra-lokale Protestakteure hingegen bedienen sich am häufigsten intermediärer Repertoires, seltener nutzen sie demonstrativ-appellative und fast nie direkte Protestformen. In den Worten Schumakers (1975, 490) können die lokalen Protestakteure mit wenigen Ausnahmen (BürgermeisterIn und Gemeinderat) als BürgerInnen beschrieben werden, die nor-

malerweise nicht mit VertreterInnen des politischen Systems interagieren. Dagegen sind supra-lokale Akteure meist organisierte Gruppen, die selbst Teil des politischen Systems sind oder institutionalisierte Beziehungen zu diesem pflegen. Organisierten politischen Gruppen stehen Ressourcen zur Verfügung, die die Beteiligung an institutionalisierten Formen der politischen Kommunikation (intermediäre Aktionsform) ermöglichen bzw. erleichtern. BürgerInnen fehlen diese Ressourcen weitgehend, weshalb sie stärker auf andere – insbesondere demonstrativ-appellative – Ausdrucksformen zurückgreifen.

Welche Ziele verfolgt der Protest?

Antje Ellermann (2009, 14) untersuchte Protestbewegungen in den USA und Deutschland und unterscheidet zwischen Rechtsetzung und Implementation: In der Phase des *agenda-setting* und der Gesetzgebung befürwortete die Öffentlichkeit eher strenge asylrechtliche Regelungen, während sie die Implementierung gegenüber Einzelnen kritisierte und ablehnte. Wie auch Anderson *et al.* (2011, 559 f.) für Großbritannien feststellen, setzen sich Protestakteure meist selektiv für die Verhinderung von Abschiebungen bestimmter Gruppen oder Individuen ein, nicht aber gegen das Instrument der Abschiebung schlechthin. Protest gegen Abschiebungen ist also keineswegs gleichzusetzen mit einer allgemeinen Ablehnung der Asyl- und Abschiebepolitik.

In Österreich entstanden Anti-Abschiebungsproteste meist als Reaktion auf eine geplante Abschiebung. Mit diesem anlassbezogenen Entstehungszusammenhang sind größtenteils auch Zielsetzungen verbunden, die auf die Verhinderung einer konkreten Abschiebung abstellen. In weitaus weniger Fällen werden über den Einzelfall hinausreichende Ziele genannt – beispielsweise eine gesetzliche Bleiberechtsregelung, ein genereller Abschiebestopp oder eine Änderung der Abschiebepaxis. Die Verhinderung einer konkreten Abschiebung ist sowohl bei lokalen als auch bei supra-lokalen Protestakteuren das am häufigsten genannte Protestziel. Ziele, die über den konkreten Fall hinausgehen, werden meist erst dann angestrebt, wenn sich Proteste ausweiten, d.h. wenn supra-lokale Akteure wie NGOs oder ParteifunktionärInnen als Protestakteure auftreten. Denn anders als lokale Protestakteure, die fast ausschließlich fallbezogene Ziele verfolgen, machen supra-lokale Akteure beides, sie mobilisieren in konkreten Fällen gegen eine Abschiebung und sie nutzen spezifische Abschiebefälle, um Forderungen nach einer Liberalisierung des Asylsystems, einer Bleiberechtsregelung oder einem generellen Abschiebestopp zu untermauern. Insbesondere Parteien, v. a. die Grünen, NGOs, Anti-Abschiebungsplattformen und Interessengruppen formulieren Ziele, die über konkrete Abschiebefälle hinausgehen.

Tab. 5: Forderungen der Anti-Abschiebungsproteste

	Individuelles Bleiberecht	Gesetzesänderung
Lokale Protestakteure	132	10
Supra-lokale Protestakteure	92	41
<i>Gesamt</i>	224	51

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis einer PEA zwischen 2006 und 2011; n = 275 Protestforderungen.

Lokale Anti-Abschiebungsproteste in Österreich zielen also in den meisten Fällen darauf ab, die Implementierung restriktiver Regulierungen zu verhindern, ohne jedoch deren generelle Änderung anzustreben. Der Protest richtet sich weniger gegen die gesetzliche Situation, als vielmehr gegen deren Implementierung im (bekannten) Einzelfall. Auf der supra-lokalen Ebene wendet sich der Protest hingegen stärker gegen die Gesetze. Auf Basis des Gesetzesvollzugs bzw. der dadurch entstehenden individuellen Abschiebefälle versuchen organisierte Gruppen eine gesetzliche Änderung zu erwirken.

Welche Argumente werden genutzt?

Die von den Protestakteuren vorgebrachten Argumente für den weiteren Aufenthalt einer Person oder Familie in Österreich können in drei Kategorien unterschieden werden: Integrations-, Humanitäts- und Menschenrechtsargumente.⁷

Am häufigsten werden Argumente genutzt, die auf die „gute Integration“ der Betroffenen abzielen. Diese wird an Sprachkenntnissen, sozialen Beziehungen, Vereinstätigkeiten, Freundschaften sowie Erwerbstätigkeit und finanzieller Unabhängigkeit festgemacht. Die Protestakteure argumentieren, dass die Abzuschiebenden in Österreich eine Identität gefunden hätten und sich als ÖsterreicherInnen verstünden; im Herkunftsland hätten sie aber keine sozialen Kontakte mehr, eine Abschiebung dorthin wird – insbesondere wenn in Österreich geborene Kinder betroffen sind – als Abschiebung in ein fremdes Land bezeichnet. In einem Protestschreiben an das Innenministerium setzt sich ein Elternverein gegen die Abschiebung einer „gut integrierten“ Mitschülerin ein:

„Araksya ist in ihrer Klasse bestens anerkannt und integriert, ihre schulischen Leistungen sind sehr gut – wir fragen uns, warum Araksya aus der Gemeinschaft herausgerissen und in eine völlig ungewisse Zukunft geschickt werden soll“ (Der Standard, 16.10.2010).

⁷ Die Unterscheidung zwischen diesen Argumenten ist analytisch, in der Realität werden häufig mehrere Argumente vermischt und sind nicht klar voneinander abgrenzbar.

Ebenfalls relativ häufig werden Humanitätsargumente vorgebracht. Wie folgendes Zitat eines lokalen Protestakteurs verdeutlicht, werden Abschiebungen als unmenschlich und menschenunwürdig kritisiert: „Man kann nicht neunjährige Kinder mit der Polizei abholen, einsperren und wie Vieh abführen. [...] Ich schäme mich für mein Österreich“ (Kurier, 18.03.2010). Positive Eigenschaften der Betroffenen („unbescholten“, „hilfsbereit“, „tüchtig“) werden häufig mit den individuellen Schicksalen und den von den Abzuschiebenden zu tragenden hohen Kosten kontrastiert und Abschiebungen als unverhältnismäßig kritisiert.

Menschenrechtsargumente wiederum zeigen drei unterschiedliche Ausrichtungen. Erstens betonen Protestakteure das Recht eines Flüchtlings auf Schutz vor Verfolgung und behaupten, dass die Gründe für die Flucht aus dem Herkunftsland bzw. der *non-refoulement*-Grundsatz im Asylverfahren nicht hinreichend gewürdigt wurden. Demnach habe die betroffene Person entgegen der gerichtlichen Entscheidung Verfolgung wegen ihrer Religion, Ethnie, Sexualität oder anderer Gründe zu befürchten. Zweitens werden die Rechte von Kindern auf Schutz vor Polizeigewalt und staatlichen Eingriffen betont. Und drittens stehen in Fällen, in denen Abschiebungen Familien zu trennen drohen, Argumente zum Recht auf Privat- und Familienleben im Vordergrund.

Tab. 6: Argumente der Protestierenden

	Integrations- -argumente	Humanitäts- -argumente	Menschenrechts- -argumente	Andere (Leis- tung, Gewinn ...)
Lokale Protest- akteure	55	27	7	19
Supra-lokale Protestakteure	38	41	43	10
<i>Gesamt</i>	93	68	50	29

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis einer PEA zwischen 2006 und 2011; n = 240 Argumente.

Welche Argumente werden nun von welchen Protestgruppen vorgebracht? Integrationsargumente stellen auf der lokalen Ebene den dominanten Argumentationstypus dar und werden besonders häufig von Akteuren genutzt, die persönliche Kontakte zu den betroffenen AsylwerberInnen pflegen. Auf supra-lokaler Ebene werden alle drei Argumentationstypen mit ähnlicher Häufigkeit angewandt. Im Vergleich zur lokalen Ebene fällt allerdings eine deutlich stärkere Nutzung von Menschenrechtsargumenten auf – in supra-lokalen Protesten wird sechsmal öfter auf Menschenrechte verwiesen. Während organisierte Gruppen und Individuen auf der supra-lokalen Ebene also breiter und politischer (Menschenrechte) argumentieren, wird auf der lokalen Ebene mehrheitlich individuell mit der Integration der betroffenen AsylwerberInnen in die Gemeinde argumentiert.

Die häufige Nutzung des Integrationsarguments in lokalen Protesten verweist auf die Existenz sozialer Beziehungen zwischen lokalen Protestakteuren und Abzuschiebenden. Im folgenden Kapitel wird gezeigt, inwiefern diese persönlichen und emotionalen Bande die Entstehung lokaler Protestmobilisierung erklären können.

5. Worauf es ankommt: Soziale Bindungen, Emotionen und Strukturen

Die politischen Rahmenbedingungen für Anti-Abschiebungsproteste sind in Österreich als ungünstig zu bezeichnen. Zum einen ist eine schwach ausgeprägte Tradition zivilgesellschaftlichen politischen Engagements zu beobachten (Plasser/Ullrich 2002). Wie die Daten der Europäischen Wertestudie und Studien zu Protestverhalten zeigen, sind gegen Machteliten gerichtete Protestaktionen wie Demonstrationen, Petitionen oder Sitzstreiks vergleichsweise weder populär noch weit verbreitet (Rosenberger/Seeber 2011; Dolezal/Hutter 2007). Zum anderen ist Asyl ein innenpolitisch stark emotionalisiertes Thema, das sowohl politische EntscheidungsträgerInnen als auch die breite Öffentlichkeit polarisiert (Gruber 2010). Die politische Landschaft ist gekennzeichnet von einem Mangel an öffentlichem Bewusstsein für die Themen Asyl und Abschiebungen, der weitreichenden Ablehnung von MigrantInnen und der deutlichen Unterstützung einer strengen Migrationspolitik und kompromisslosen Asylpolitik (UNHCR 2011; Friesl/Renner/Wieser 2010). Wie kann vor diesem Hintergrund die Bereitschaft zur Teilnahme an lokalen Anti-Abschiebungsprotesten erklärt werden?

Wie bereits weiter oben betont, können lokale Proteste gegen Abschiebungen abgelehnter AsylwerberInnen mit einzelnen Erklärungsansätzen der sozialen Bewegungsforschung nicht hinreichend erklärt werden. Die Daten deuten vielmehr darauf hin, dass lokaler Anti-Abschiebungsprotest in den meisten Fällen persönliche, d.h. emotionale Kontakte zwischen AsylwerberInnen und den Protestakteuren voraussetzt. Deshalb wird eine Erweiterung des Ressourcen-Ansatzes um soziale Kontakte (Morales/Giugni 2011; Ager/Strang 2008; della Porta/Diani 2006; Jasper/Poulsen 1995) und Emotionen (Goodwin/Jasper/Polletta 2001; Jasper 2010 und 1998) sowie eine Verbindung mit der Perspektive politischer Möglichkeitsstrukturen vorgeschlagen. Indem (lokale) Möglichkeitsstrukturen für die Entstehung affektiver Bande zwischen AsylwerberInnen und der österreichischen Mehrheitsbevölkerung identifiziert werden, wird aber auch gezeigt, dass diese strukturell bedingt sind und nicht mit individuellen „Integrationsleistungen“ erklärt werden können.

Ellermann (2009, 125) beobachtet bei Protestgruppen in den USA und in Deutschland:

„[...] community ties play an important role in facilitating case mobilization, which fundamentally depends upon the willingness of local people – nursery school teachers, neighbors, pastors, or established advocacy groups – to stage campaigns on behalf of particular immigrants [...].“

Während Ressourcen in der RMP als ökonomische Güter konzeptualisiert werden, die Protestierenden helfen, ihre Ziele zu erreichen, umfasst ein breites Verständnis auch immaterielle Güter (Opp 2009, 139). Persönliche Kontakte zur lokalen Bevölkerung können als relationale Ressourcen der Abzuschiebenden identifiziert werden und deren informelle soziale Netzwerke als Mobilisierungsstruktur, die es Protestakteuren ermöglicht, neue Ressourcen und potentielle Protestierende zu mobilisieren (Johnston 2011, 54 ff.; della Porta/Diani 2006, 117 ff.). Neben politischen Parteien und NGOs gelten deshalb informelle Netzwerke des Alltagslebens – wie Kirchen, kulturelle oder Sportvereine, Interaktionen in der Schule oder am Arbeitsplatz sowie in der Nachbarschaft – als zentrale Mobilisierungsstrukturen des Anti-Abschiebeprotests. Diese sozialen Kontakte dienen als Instrumente für soziale Integration (Ager/Strang 2008, 177 ff.) und die „gute Integration“ ist der Hauptgrund, der von Protestakteuren als Argument für den weiteren Aufenthalt einer Familie bzw. eines alleinerziehenden Elternteils mit einem minderjährigen Kind genannt wird. Individuelle Kontakte und die wahrgenommene Integration der AsylwerberInnen in die lokale Gemeinschaft haben einen positiven Effekt auf die Motivation potentieller Protestakteure, aktiv zu werden (Morales/Giugni 2011, 7). Basierend auf starken sozialen Beziehungen ruft die Benachrichtigung über eine bevorstehende Abschiebung im Bekanntenkreis Empathie, persönliche Betroffenheit und moralische Entrüstung hervor und lässt den Wunsch entstehen, an dieser Situation etwas zu ändern. Sogenannte *moral shocks* durch unerwartete Ereignisse gelten als zentral für die Entstehung von Emotionen wie Ärger oder Entrüstung, die als Motor von Mobilisierung fungieren (Goodwin/Jasper/Polletta 2001, 16; Jasper/Poulsen 1995, 498). Die Bereitschaft zu protestieren, kann neben direkten Kontakten zu Abzuschiebenden oder Protestakteuren (della Porta/Diani 2006, 114 ff.; Jasper/Poulsen 1995, 494 f.) auch über andere emotionale (z. B. örtliche oder symbolische) Verbindungen zu den Betroffenen entstehen (Goodwin/Jasper/Polletta 2001, 23). GemeindebürgerInnen, die keine persönlichen Kontakte zu den betroffenen AsylwerberInnen pflegen, mögen durch ein lokales „Wir-Gefühl“ mobilisiert werden, wie es in den untersuchten Fällen häufig zum Ausdruck gebracht wird.

Da hier soziale Kontakte zwischen AsylwerberInnen und der lokalen Bevölkerung als Voraussetzung für lokale Proteste ausgemacht wurden, stellt sich die

Frage, welche strukturellen Bedingungen den Aufbau der Kontakte ermöglichen bzw. hemmen. Mit anderen Worten: Von welchen Gelegenheitsstrukturen sind soziale Integration und in weiterer Konsequenz Protest gegen Abschiebungen abhängig?

Ausgehend von Morales und Giugni (2011, 3 ff.), die argumentieren, dass die Möglichkeiten der politischen Integration von MigrantInnen vor allem von lokalen Gelegenheitsstrukturen abhängen, ist die Bedeutung der lokalen Ebene für die soziale Integration von AsylwerberInnen nicht zu vernachlässigen. Denn soziale Bindungen entstehen hauptsächlich in der Normalität des Alltagslebens. Laut einer repräsentativen Befragung der Karmasin Motivforschung (UNHCR 2011) werden Kontakte zwischen ÖsterreicherInnen und AsylwerberInnen hauptsächlich über die Nachbarschaft, die Arbeit, den Freundeskreis und gemeinsame Vereinstätigkeiten aufgebaut. Allerdings variieren die Bedingungen, unter denen AsylwerberInnen in Österreich leben, ihre individuellen Rechte, ihr Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Weiterbildungsmöglichkeiten und zum privaten Wohnungsmarkt beträchtlich von Bundesland zu Bundesland. Diese Bedingungen regulieren die ökonomische Teilhabe, die Mobilität und die Alltagsabläufe und wirken sich auf die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zur lokalen Bevölkerung aus (König/Rosenberger 2010, 289). Zwei strukturell bedingte, lokale Gelegenheitsstrukturen begünstigen oder hemmen die soziale Integration von AsylwerberInnen ganz besonders: der Zugang von AsylwerberInnen zum Arbeitsmarkt und der Zugang zum privaten Wohnungsmarkt. Eine dritte Gelegenheitsstruktur ist von persönlich-demografischen Charakteristika der AsylwerberInnen abhängig, nämlich der (Nicht-)Existenz von Kindern. Langthaler und Trauner (2009, 170) beschreiben, dass es sich bei den betroffenen AsylwerberInnen, gegen deren Abschiebung protestiert wurde, „[...] durchwegs um Familien [handelte], die im Zuge lang dauernder Asylverfahren Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden hatten und, auch da sie meist privat wohnten, enge Kontakte (oft über den Schulbesuch der Kinder) zur lokalen Bevölkerung pflegten.“

Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zugang zum Arbeitsmarkt spielt in zweierlei Hinsicht eine wichtige Rolle für den Aufbau sozialer Beziehungen. Zum einen ist der Arbeitsplatz selbst ein Ort, wo auf Basis alltäglicher Interaktion Kontakte hergestellt werden. Wie unsere Ergebnisse zeigen, treten ArbeitgeberInnen und ArbeitskollegInnen relativ häufig als Protestakteure auf. Die faktische Schließung des Arbeitsmarktzugangs für AsylwerberInnen in den letzten Jahren könnte also in Zukunft Auswirkungen auf Anti-Abschiebungsproteste haben, weil dadurch die soziale Integration und in weiterer Konsequenz die Wahrscheinlichkeit von Protesten gegen Abschie-

bungen strukturell geschwächt werden. Zum anderen ist mit Erwerbstätigkeit auch ökonomische Teilhabe verbunden, wovon unter anderem abhängt, ob es Individuen oder Familien möglich ist, sich Zugang zum privaten Wohnungsmarkt zu verschaffen.

Zugang zum privaten Wohnungsmarkt

Für den Aufbau sozialer Beziehungen ist auch der Zugang zum privaten Wohnungsmarkt von Relevanz. Die Mehrheit der in Österreich lebenden AsylwerberInnen ist in organisierten Sammelunterkünften untergebracht, wodurch die soziale Interaktion mit der lokalen Umgebung wesentlich erschwert wird (König/Rosenberger 2010, 282). Insofern überrascht es nicht, dass Individuen und Familien, deren geplante Abschiebung lokale Proteste auslösten, häufig in privaten Wohnungen wohnen. Darüber hinaus geht aus Tab. 2 hervor, dass Personen, die über die Nachbarschaft, das lokale Vereinsleben (wie Sportclubs, kulturelle oder nachbarschaftliche Vereinigungen, Feuerwehren oder Blasmusikkapellen) oder die örtliche Pfarrgemeinschaft Kontakte zu den betroffenen AsylwerberInnen haben (Bekannte), sehr häufig als Protestakteure auftreten.

Minderjährige Kinder

Neben dem Faktum, dass soziale Integration von Rechten und strukturellen Grundlagen abhängt, werden informelle soziale Netzwerke und Kontakte am Wohnort vor allem über Kinder hergestellt, die die lokale Schule oder den Kindergarten besuchen. Kindergarten- und Schulkinder sind eine zentrale Ressource für asylwerbende Familien, denn sie sind es, die es unter den für soziale Integration unvorteilhaften Lebensbedingungen von AsylwerberInnen ermöglichen, dass soziale Beziehungen in der Gemeinde aufgebaut werden (Ager/Strang 2008, 177 ff.), aus denen sich später potentielle Protestakteure rekrutieren. Das untersuchte Material unterstreicht diese Erklärung insofern, als es sich bei Familienabschiebungen mehrheitlich (etwa 85 %) um Familien mit Kindern handelt, die entweder den Kindergarten oder die Schule besuchen. Darüber hinaus sind Schulen (d.h. MitschülerInnen, Eltern, LehrerInnen und DirektorInnen) bei Familienabschiebungen die am häufigsten genannten Protestakteure. Auch am Beispiel des französischen Anti-Abschiebungsnetzwerks RESF, das ausgehend von lokalen Schulinitiativen gegen die Abschiebungen von Schulkindern entstand, wird der Stellenwert der Schule als Ort der sozialen Integration und folglich der Mobilisierung deutlich (Freedman 2011).

6. Schlussfolgerungen

Proteste gegen Abschiebungen abgelehnter AsylwerberInnen verdeutlichen die Gleichzeitigkeit, ja das komplexe, ambivalente Verhältnis zwischen Exklusions- und Inklusionspolitik. AsylwerberInnen sollen abgeschoben werden, d.h. sie trifft die extremste Form der Exklusion, nämlich die physische, räumliche Ausschließung aus einem nationalstaatlich fixierten Territorium. Gleichzeitig evoziert soziale Integration zivilen Protest für Inklusion, d.h. für das individuelle Recht zum Bleiben. Allerdings, und dies ist der eigentliche Widerspruch, ist politisch soziale Integration im Asylverfahren nicht intendiert, obwohl sie für ein individuelles Bleiberecht als notwendiges Kriterium formuliert ist (Rosenberger 2011).

Der Beitrag behandelt auf der Grundlage von Medienberichten die neue promigrantische Protestform der zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Abschiebungen abgelehnter AsylwerberInnen in Österreich und sucht mit Hilfe von theoretischen Ansätzen der sozialen Bewegungsliteratur nach Erklärungen für das Aufkommen dieses widerständigen Phänomens. Zwei Ergebnisse dieser Untersuchung von insgesamt 267 Protestereignissen, bei denen etwa 200 abzuschiebende Personen betroffen waren, wollen wir abschließend explizit benennen: a) Soziale Beziehungen und damit einhergehende Emotionen sind die relevanten Faktoren, die das Protestverhalten von BürgerInnen zu erklären vermögen; b) Proteste der BürgerInnen richten sich in erster Linie gegen die Abschiebung von einzelnen, ihnen bekannten Personen und intendieren nicht per se eine Änderung der Asyl- und Abschiebepolitik. Diese beiden Ergebnisse sollen im Folgenden noch etwas näher ausgeführt werden.

Protestmobilisierung gegen Abschiebungen findet in den untersuchten Fällen überwiegend auf der lokalen Ebene statt, dort, wo die Abzuschiebenden ihren Alltag verbringen. Um es zugespitzt zu formulieren: Wenn Abzuschiebende als Mitglieder einer lokalen, nicht anonymen Gemeinschaft erkannt werden, setzen sich Menschen für deren Verbleib ein. Dabei spielt, wie es die gesetzlichen Regelungen für ein Bleiberecht vorsehen, die Integration von Personen und Familien argumentativ eine zentrale Rolle. Entscheidend für die Initiierung von Protesten sind soziale Beziehungen zwischen AsylwerberInnen und Bevölkerung und damit einhergehende Emotionen wie Mitgefühl und Unrechtsvorstellungen auf der Seite der Mehrheitsbevölkerung. Mit der Perspektive der sozialen Bewegungsliteratur betrachtet haben diese sozialen Kontakte, die als Ressource der Abzuschiebenden wirken, aber strukturelle Voraussetzungen. Letztlich sind es Möglichkeiten, sogenannte politische Gelegenheitsstrukturen wie das Recht auf Berufsarbeit oder die Teilnahme an Bildungseinrichtungen, die soziale und emotionale Bande zwischen AsylwerberInnen und der Mehrheitsgesellschaft erlauben bzw. soziale Integration ermöglichen. Kurzum, es ist

ein Zusammenspiel von strukturellen Bedingungen und individuellen Ressourcen, welches das Aufkommen pro-migrantischer Aktivitäten erklären kann.

Die Daten zeigen, dass lokale Protestaktivitäten als Reaktion auf eine geplante Abschiebung einer Einzelperson oder Familie entstehen, dass sie mehrheitlich die Verhinderung dieser einen konkreten Abschiebung zum Ziel haben, ohne dabei explizit jene Gesetzesbestimmungen herauszufordern, die das staatliche „Recht“ abzuschieben rechtfertigen. Anti-Abschiebungsproteste zielen auf eine Aufenthaltsperspektive, allerdings nicht als generelles Recht, sondern als Ausnahme von der Regel im Einzelfall. In den kleinräumigen Anti-Abschiebungsprotesten, die in diesem Beitrag primär untersucht wurden, kommt keineswegs eine generelle Ablehnung der Asylpolitik oder des Instruments der Abschiebung zum Ausdruck, vielmehr wird der Implementierung strenger Maßnahmen gegenüber Einzelnen ablehnend begegnet. Diese Zielrichtung verändert sich allerdings, sobald der Protest sich regional bzw. national ausbreitet und zivilgesellschaftlich und parteipolitisch organisierte Personen und Gruppen sich beteiligen.

Abschließend und ausblickend ist festzuhalten, dass diese öffentlich und medial beachteten Proteste tatsächlich einzelne Abschiebungen verhindern bzw. aufschieben konnten. Ob und inwiefern sie einen Einfluss auf Veränderungen der Gesetzeslage, insbesondere der Art und Weise, wie Abschiebungen implementiert werden, hatten, dies bleibt einer zukünftigen Untersuchung vorbehalten. Fest steht jedenfalls, dass parallel zum Protestaufkommen, also seit 2006, in Österreich sowohl auf der politisch-administrativen Ebene der Bundesländer (z. B. Jugendämter müssen gesetzlich nicht mit Abschiebebehörden kooperieren) als auch auf Bundesebene Entscheidungen getroffen wurden, die auf Veränderung hindeuten.

Literatur

- Ager, Alastair/ Strang, Alison 2008: ‚Understanding Integration: A Conceptual Framework‘, *Journal of Refugee Studies*, vol. 21, no. 2, 166 – 191.
- Anderson, Bridget/ Gibney, Matthew/ Paoletti, Emanuela 2011: ‚Boundaries of belonging: deportation and the constitution and contestation of citizenship‘, *Citizenship Studies*, vol. 15, no. 5, 543 – 545.
- della Porta, Donatella/ Diani, Mario 2006: *Social Movements: An Introduction*, 2nd ed., Malden/ Oxford/ Carlton.
- della Porta, Donatella/ Kriesi, Hanspeter/ Rucht, Dieter (Hg.) 2009: *Social Movements in a Globalizing World*, New York.
- Dolezal, Martin/ Hutter, Swen 2007: ‚Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975 – 2005‘, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, vol. 36, no. 3, 337 – 352.

- Ellermann, Antje 2009: *States against migrants: deportation in Germany and the United States*, Cambridge.
- Freedman, Jane 2009: ‚Mobilizing against detention and deportation: Collective actions against the detention and deportation of ‚failed‘ asylum seekers in France‘, *French Politics*, vol. 7, no. 3/4, 342 – 359.
- Freedman, Jane 2011: ‚The Réseau Education sans Frontières: reframing the campaign against the deportation of migrants‘, *Citizenship Studies*, vol. 15, no. 5, 613 – 626.
- Friesl, Christian/ Renner, Katharina/ Wieser, Renate 2010: ‚Fremdenfeindlichkeit in Österreich‘, *SWS-Rundschau*, vol. 50, no. 1, 6 – 32.
- Gibney, Matthew J. 2008: ‚Asylum and the expansion of deportation in the United Kingdom‘, *Government and Opposition*, vol. 43, no. 2, 146 – 167.
- Goodwin, Jeff/ Jasper, James M. 1999: ‚Caught in a Winding, Snarling Vine: The Structural Bias of Political Process Theory‘, in *Sociological Forum*, vol. 14, no. 1, 27 – 54.
- Goodwin, Jeff/ Jasper, James M./ Polletta, Francesca 2001: ‚Why Emotions Matter‘, in ebd. (Hg.): *Passionate Politics. Emotions and Social Movements*, Chicago/ London, 1 – 24.
- Goodwin, Jeff/ Jasper, James M./ Polletta, Francesca 2004: ‚Emotional Dimensions of Social Movements‘, in Snow, David/ Soule, Sarah A./ Kriesi, Hanspeter (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford, 413 – 432.
- Gruber, Oliver 2010: ‚Politisierte Zuflucht: Asyl im Brennpunkt politischer Öffentlichkeitsarbeit‘, in Rosenberger, Sieglinde (Hg.): *Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus*, Wien, 62 – 81.
- Hellmann, Kai-Uwe 1998: ‚Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze. Ein Überblick‘, in Hellmann, Kai-Uwe/ Koopmans, Ruud (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Wiesbaden, 9 – 30.
- Jasper, James M. 1997: *The Art of Moral Protest. Culture, Biography, and Creativity in Social Movements*, Chicago/ London.
- Jasper, James M. 1998: ‚The Emotions of Protest: Affective and Reactive Emotions in and around Social Movements‘, in *Sociological Forum*, vol. 13, no. 3, 397 – 424.
- Jasper, James M. 2010: ‚Emotions and Social Movements: Twenty Years of Theory and Research‘, in *Annual Review of Sociology*, vol. 37, no. 1, 285 – 303.
- Jasper, James M./ Poulsen, Jane D. 1995: ‚Recruiting Strangers and Friends: Moral Shocks and Social Networks in Animal Rights and Anti-Nuclear Protests‘, *Social Problems*, vol. 42, no. 4, 493 – 512.
- Johnston, Hank 2011: *States and Social Movements*, Cambridge/ Malden.
- König, Alexandra/ Rosenberger, Sieglinde 2010: ‚Desintegration, Dezentralität, Disziplinierung: Die Grundversorgung im Bundesländervergleich‘, in Rosenberger, Sieglinde (Hg.): *Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus*, Wien, 272 – 295.
- Koopmans, Ruud/ Rucht, Dieter 2002: ‚Protest Event Analysis‘, in Klandermans, Bert/ Staggenborg, Suzanne (Hg.): *Methods of social movement research*, Minneapolis, 231 – 259.
- Kratzmann, Katerina/ Petzl, Elisabeth/ Temesvári, Mária 2010: *Programme und Strategien in Österreich zur Förderung der unterstützenden Rückkehr und Reintegration in Drittländern*, Wien.
- Kriesi, Hanspeter 1993: *Political Mobilization and Social Change. The Dutch Case in Comparative Perspective*, Aldershot.

- Kriesi, Hanspeter 1995: ‚The political opportunity structure of new social movements: Its impact on their mobilization‘, in Jenkins, Craig/ Klandermans, Bert (Hg.): *The Politics of Social Protest: Comparative Perspectives on States and Social Movements*, Minneapolis, 167 – 198.
- Langthaler, Herbert/ Trauner, Helene 2009: *Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in Österreich. Forschungsbericht im Rahmen des Programms New orientations for Democracy in Europe* >node<. Abgerufen am 14.09.2011, www.asyl.at/projekte/node/casestudy_oesterreich.pdf.
- Mackert, Jürgen 1999: *Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung*, Opladen.
- McAdam, Doug/ Tarrow, Sidney/ Tilly, Charles 2001: *Dynamics of Contention*, Cambridge.
- McCarthy, John D./ Zald, Mayer N. 1977: ‚Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory‘, in *American Journal of Sociology*, vol. 82, no. 6, 1212 – 1241.
- Morales, Laura/ Giugni, Marco 2011: ‚Political Opportunities, Social Capital and the Political Inclusion of Immigrants in European Cities‘, in ebd. (Hg.): *Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?*, Basingstoke.
- Norris, Pippa 2005: *Radical right. Voters and parties in the electoral market*, New York.
- Opp, Karl-Dieter 2009: *Theories of Political Protest and Social Movements: A Multidisciplinary introduction, critique, and synthesis*. London.
- Pehm, Raimund 2010: ‚Standortkonflikte: Zur (Ent-)Politisierung der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften‘, in Rosenberger, Sieglinde (Hg.): *Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus*, Wien, 83 – 101.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter 2002: *Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens zur Konfliktstruktur?*, Wien.
- Raschke, Joachim 1985: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt am Main/ New York.
- Rosenberger, Sieglinde/ Seeber, Gilg 2011: ‚Kritische Einstellungen. BürgerInnen zu Demokratie, Politik und Migration‘, in Polak, Regina (Hg.): *Zukunft.Werte.Europa. Die Europäische Wertestudie 1990 bis 2010: Österreich im Vergleich*, Wien, 165 – 189.
- Rosenberger, Sieglinde 2011: ‚Integration von AsylwerberInnen? Zur Paradoxie individueller Integrationsleistungen und staatlicher Desintegration‘, in Dahlvik, Julia / Fassmann, Heinz/ Sievers, Wiebke (Hg.): *Migration und Integration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich. Jahrbuch 1/2011*, Wien, 91 – 106.
- Rucht, Dieter (Hg.) 1991: *Research on social movements: the state of the art in Western Europe*, Frankfurt am Main (u. a.).
- Rucht, Dieter 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt.
- Rucht, Dieter/ Hocke, Peter/ Oremus, Dieter 1995: ‚Quantitative Inhaltsanalyse: Warum, wo, wann und wie wurde in der Bundesrepublik protestiert?‘, in von Alemann, Ulrich (Hg.): *Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriss für Studium und Forschung*, Opladen, 261 – 291.
- Schumaker, Paul D. 1975: ‚Policy responsiveness to Protest-Group demands‘, *The Journal of Politics*, vol. 37, no. 2, 488 – 521.
- UNHCR 2011: ‚Stimmungslage der österreichischen Bevölkerung in Bezug auf Asylsuchende. Eine quantitative Untersuchung durchgeführt von Karmasin Motivforschung‘,

Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen. Abgerufen am 1.3.2012, http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/wp-content/uploads/2011/06/

IBIB_UNHCR_Asyl_%C3%96sterreich_2011.pdf.

Valocchi, Stephen 2010: *Social Movements and Activism in the USA*, London/ New York.

Van der Brug, Wouter/ Fennema, Meindert/ Tillie, Jean 2000: ‚Anti-immigrant Parties in Europe: Ideological or Protest Vote‘, in *European Journal of Political Research*, vol. 37, 77 – 102.